

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslands-
besitzer 1 Goldmark monatlich.
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brühlstr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und dann! Du selber sein Ganzes werden
••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei
Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben,
Betrag vorher einlösen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei,
Postkassenkonto: 9308 Berlin, W. Gerden, Charlottenburg.

Stimmen zur Verschmelzungsfrage.

Zur Kritik in der Verschmelzungsfrage.

Von Georg Wolmann.

Gegen die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband auf Grund der zwischen den drei beteiligten Verbandsvorständen getroffenen Vereinbarungen: Grundfrage, Sonderstatut und Richtlinien, macht sich eine gewisse Opposition geltend. An dieser Tatsache ist nichts zu verwundern und nichts anzuklagen, denn damit war von vornherein zu rechnen. Zu verschiedenen sind Standorte, Gesichtsfeld und Sehweite, Erfahrungen, Hoffnungen und Befürchtungen und nicht zu verschweigen teilweise auch die geliebten Sonderinteressen und rein persönliche Einstellung derer, die zu beurteilen und zu entscheiden haben. Es wäre nur zu verwundern, wenn es in allen damit zusammenhängenden Fragen nur eine Meinung gäbe. Nicht zu verstehen bzw. nicht zu rechtfertigen ist aber die Art und Weise, wie man die „Auffklärungs“-Diskussion, die gegenseitiger Belehrung und Verständigung dienen sollte, zu einer Stimmungsmache benutzt, die mit einem Abwägen des Für und Wider nichts zu tun hat und ein klares, sachliches Urteil nicht aufkommen läßt.

Die Opposition, die ich meine, hat ihren Ursprung und ihren Sitz in Dresden und ist von dort planmäßig weitergetragen worden. Ich verrate damit kein Geheimnis; denn das ist wohl allgemein erkennbar geworden durch die Berichte von Dresden in der „Zimmeiße“, Nr. 15 vom 10. April und von der Konferenz in Waagen in Nr. 16 vom 17. April. Sie atmen beide denselben Geist und arbeiten in gleicher Absicht und mit denselben Mitteln. Beide behaupten, daß der Vorstand den ihm von der Generalversammlung in Magdeburg erteilten Auftrag mißachtet habe und daher pflichtwidrig verfahren sei. Sie verwenden die „Grundlagen“ und „Sonderfassung des Keramischen Bundes“ und plädieren für den Zusammenschluß der Keramarbeiter im Baugewerksbund, ohne auch nur anzudeuten, ob überhaupt und wie und wann das letztere möglich werden kann, worüber man sich doch deutlich aussprechen müßte, wenn man so energisch nach Verschmelzung verlangt und an Stelle von etwas durch die Vorlage Gebotenen, Sicherem, aber angeblich Fallschem nun etwas angeblich Besseres fordern und verpreden will. Für den mir allerdings noch zweifelhaft erscheinenden Fall, daß die Führer dieser Opposition dieselben zum Siege führen könnten, will ich ihnen, die ja dann zur Erreichung ihres Zweckes auch in das Gewerkschaftsrathaus gehen müßten, wo wir bereits vor ihnen die Verhandlungen führen mußten, prophezeien, daß sie klüger aus ihm herauskommen werden, als sie hineingehen, wie ja das nach einem alten Sprichwort beim Natanz angeblich immer der Fall sein soll. Wenn es dann zu spät, viel Zeit und Mühe unnütz vertan sein sollte und sich vieles gar nicht mehr gut, geschweige denn besser machen ließe und daraus sich unerfreuliche Folgen ergeben, werde ich sie nicht beneiden um ihre Verantwortung, die bestimmt schwerer sein wird, als die der Mitarbeiter an dem jetzigen Verschmelzungs-vorschlag. Ich bemerke das heute schon so nebenbei, damit man sich event. später daran erinnert, daß ich es vorausgesagt habe. Nun zum Inhalt der kritischen Berichte. Die Dresden-Mehrheit der Vertreterversammlung behauptet, daß wir mit dem Fabrikarbeiterverband allein Verhandlungen geführt haben, während wir doch durch die Willensfindung der Generalversammlung verpflichtet gewesen wären, mit dem Baugewerksbund zu verhandeln. Wir hätten zur Verhandlung mit dem Fabrikarbeiterverband zunächst die Genehmigung der Mitglieder einholen müssen. Man wirt also dem Vorstand und Beirat Mißachtung gegenüber der Generalversammlung vor. So läßlich und gewissenhaft urteilte man in Dresden allerdings über die Stellung von Generalversammlungsbeschlüssen nicht immer, sondern hat gelegentlich den Vorstand aufgefordert, den Beschluß der Generalversammlung nicht zu beachten, wie ich noch zeigen werde. Zunächst aber soll einmal untersucht werden, was der Wille der Generalversammlung in der Verschmelzungsfrage war, wie er sich ausdrückte und wie ihre Willensfindung lautete. Vor und bis zur Generalversammlung bestand in Mitgliederkreisen kein fester Plan oder Vorschlag, wie aus den ganz allgemein gehaltenen Anträgen zur Generalversammlung Nr. 67 bis 74 hervorgeht. Nur der Antrag 73, Dresden, stellte überhaupt ein erkennbares Ziel auf neben dem des Vorstandes, der vorläufig nur einen selbständigen bzw. allein stehenden Keramarbeiterverband unter Einbeziehung auch der Glasarbeiter beantragte. Die Anträge der Zahlstellen waren folgende:

- 67 Eisenberg. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß der Vorstand beim Allgemeinen Gewerkschaftsbund dahin wirkt, daß sich die kleineren Verbände zu größeren Industrieverbänden verschmelzen.
 - 68 Rühlstadt. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstandsvorsitzenden, auf Zusammenschluß der Verbände zu Industrieverbänden zu drängen.
 - 69 Selb-Rühlberg. Der Hauptvorstand wird beauftragt, die Schaffung von Industrieverbänden mit allen Mitteln zu fördern.
 - 70 Magdeburg. Die Generalversammlung möge sich an der Vervollständigung und Durchführung des Industrieverbandes mit aller Kraft einsetzen.
 - 71 Annaburg. Antrag an die Generalversammlung, daß an der Vervollständigung und Durchführung des Industrieverbandes sofort mitgearbeitet wird.
 - 72 Witterteich, Kirchenthum, Wiesau. Es ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß der Zusammenschluß mit anderen Verbänden erfolgt, um eine leistungsfähige Organisation zu gelangen.
 - 73 Dresden, Freiberg. Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand, Schritte zu unternehmen, um auch noch zu einer der gesamten Keramik umfassenden Industrieorganisation zu kommen.
- Sollte diese selbständige Organisation infolge der in den letzten Jahren beobachteten Entwicklung sich nicht mehr ermöglichen lassen, dann ist die Verbindung mit derjenigen großen Industrieorganisation anzustreben, deren zuständige Betriebe mit unserer Hauptproduktion die meisten Berührungspunkte aufweisen. Darüber

hinaus darf die alte Tradition unseres Verbandes bei allen Verhandlungen nicht unbeachtet gelassen werden. Eine Zerreißen unserer jetzigen Organisation soll dabei möglichst verhindert werden.

74 Freiberg. Die Generalversammlung wolle beschließen, den Porzellanarbeiterverband sofort mit einer anderen großen Organisation zu verschmelzen.

Nach meinem Bericht über die Verschmelzungsfrage und der Begründung des Vorstandsantrages auf der Generalversammlung eröffneten die Diskussion die Vertreter der eingeladenen Verbände der Glasarbeiter, Bauarbeiter und Fabrikarbeiter. Damit war die Anregung zum Richtungsstreit, ob Baugewerksbund oder Fabrikarbeiterverband, gegeben, die ich in meiner Berichterstattung vermeiden wollte. Von unseren Zahlstellenbelegierten sprachen in der Verschmelzungsdebatte 11. Ich will durch Wiedergabe weniger, aber maßgebender Worte aus ihren Mäulern ihre Stellungnahme kurz präzisieren. Ich führe dabei die Redner nicht in der Reihenfolge an, wie sie gesprochen haben, sondern suche in der von mir gewählten Reihenfolge Meinungsgruppen erkennen zu lassen, soweit das überhaupt möglich ist. Die Redner gaben ihre Meinungen kund, wie folgt:

Franda-Dresden: „Also eine Verständigung der Berufsgruppen und ihr Anschluß an den Baugewerksbund würde dem Gedanken der Mitglieder am besten entsprechen. Ich bin aber nicht dafür, daß heute etwa durch Beschluß festzulegen.“

Uhlmann-Dresden: „Die Auffassung unserer Mitglieder in der Verschmelzungsfrage ist keine einheitliche. Am geschlossenen sind die Hilfsarbeiter dafür, daß wir unbedingt zu einer größeren Organisation gehen müssen. Bei den Gelehrten ist die Auffassung verschieden. Die Qualifizierten, die Maler, zeigen kein besonderes Interesse an einem Zusammenschluß, sie wollen nur eine größere Organisation. — Also jede Gruppe geht nach ihren besonderen wirtschaftlichen Interessen. — Ich persönlich erkläre mich für die Bildung einer großen keramischen Gruppe innerhalb des Baugewerksbundes. Ich bitte Sie, in diesem Sinne dem Dresdener Antrag zuzustimmen, daß also der Vorstand die Fühlung mit dem Baugewerksbund aufnehmen hat.“

Aus den Reden Franda's und Uhlmann's geht unzweifelhaft hervor, daß man vor der Generalversammlung in Dresden über die Richtung eines Anschlusses nicht beschließen hat, den Rednern also keinen Auftrag gegeben hat, für den Anschluß an den Baugewerksbund einzutreten, und daß ein solcher Beschluß also auch in dem Antrag 73, Dresden, nicht liegen konnte.

Vantermann-Walzenburg: „Tatsache ist, daß ein selbständiger Keramischer Verband nicht mehr möglich ist. Würden wir dem Baugewerksbund beitreten, so würden wir das verwirklichen, was 1913 geplant wurde: Der Zusammenschluß mit den Töpfern und Glasarbeitern. Es wäre dann Sache des Bundesvorstandes, die Fabrikarbeiter zu veranlassen, die in Betracht kommenden Teile ihrer Mitgliedschaft an den Baugewerksbund abzutreten. Unsere Facharbeiter würden den Schritt zum Baugewerksbund am besten verstehen.“

Wie Vantermann gesprochen hätte, wenn er damals gewußt hätte, daß die Glasarbeiter nun zum Fabrikarbeiterverband wollen, und daß jeder Versuch, den Fabrikarbeiterverband zu nötigen, seine Keramarbeiter an den Baugewerksbund abzutreten, völlig aussichtslos ist, muß zweifelhaft erscheinen.

Zweifelloß wäre ein großes Zugeständnis, wenn man gelten lassen wollte, daß die bisher genannten drei Redner sich bestimmt für den Anschluß an den Baugewerksbund ausgesprochen haben, aber weit ungewißer, zum Teil mit großem Zwiespalt in der Brust, sprachen sich andere Redner aus:

Söpfer-Niesau: „Nach meiner Auffassung sollten wir uns dem Fabrikarbeiterverband anschließen. Die große Masse der Mitglieder wird eher geneigt sein, sich dem BGV anzuschließen.“

Dalibor-Koburg: „Nachdem Töpfer und Glasarbeiter beim Baugewerksbund organisiert sind (hier wieder die inzwischen als falsch erwiesene Voraussetzung bezügl. der Glasarbeiter), scheint uns nichts übrig zu bleiben, als zu dieser Keramgruppe zu stoßen und dann mit den Fabrikarbeitern über die anderen Keramarbeiter zu verhandeln.“

Marthardt-Annaburg: „Wir müssen nun der Mitgliedschaft die Entwicklung überlassen. Ich glaube, sie neigen in ihrer großen Mehrheit eher zum BGV.“

Söhner-Bonn: „Bei uns neigen die Mitglieder mehr zum Fabrikarbeiterverband. Ich wäre für Anschluß an den BGV, aber die Mitglieder sollten entscheiden.“

In der Richtung zum Fabrikarbeiterverband sprach:
Serzer-Weiden: „Ich glaube nicht, daß wir die meisten Berührungspunkte mit dem BGV haben, die meisten Berührungspunkte, soweit die Grobkeramik und die Gruppe „Steine und Erden“ in Betracht kommen, haben wir wohl mit dem Fabrikarbeiterverband. Mit Ausnahme der Töpfer haben wir mit dem BGV keine Verbindung.“

Ohne Beteiligung am Richtungsstreit sagten:

Meinhardt-Nahla: „Ich wäre dafür, daß man eine Gruppe der Fein- und Grobkeramik errichte und diese Gruppe angliedere an ein großes vorhandenes Gebilde. Es fragt sich nur, ob unsere Kollegen damit einverstanden wären, deshalb wäre ich nicht dafür, daß wir heute eine endgültige Entscheidung treffen... also für mich liegen heute die Verhältnisse unklarer, als vorher, und ich bin dafür, daß wir die Mitglieder entscheiden lassen.“

Sitz-Eisenberg: „Ich bin dafür, daß wir uns zuerst einmal mit den Glasarbeitern verschmelzen und dann können wir zusammen zu irgendeinem größeren Verband stoßen.“

Summrich-Kloster Weilsdorf: „Daher müssen wir uns einer größeren Organisation anschließen. Ich bin für den Antrag 73.“
Wer angesichts der Ausschnitte des ausschlaggebenden Teiles der Reden der 11 Delegierten (11 Redner in der Sache von 52 Delegierten!) behauptet und den Mitgliedern einreden will,

daß die Mehrzahl der Delegierten oder auch nur die Mehrzahl der Redner sich bestimmt für die Richtungsfrage zum Baugewerksbund ausgesprochen habe, oder daß die Diskussion eine bestimmte Willenserklärung bedeute, oder daß eine solche aus ihr entnommen werden könnte, der kann auch aus dem Klaffesatz wahrhaben, oder er hat das Generalversammlungsprotokoll nicht studiert oder tut den Tatsachen bewußt Zwang an. Eine Diskussion, der eine Entscheidung folgt, kann an sich überhaupt keine Willenserklärung bedeuten, auch wenn sie in unserem Falle viel einheitlicher und einseitiger hätte geführt werden können. Die Willenserklärung liegt dann eben in der Entscheidung, und die ist durch die Annahme des Antrages 73, Dresden, erfolgt. Dieser Beschluß mußte also maßgebend sein, und die Dresdener Opposition macht sich deshalb auch daran, ihn auszulagern, wie sie ihn, der doch ihrem Antrage entsprach, nach der Generalversammlung anfaßt. Unterzügen wir also, was der Beschluß belag.

Wenn ich unter den Diskussionsrednern die Genossen Kühn vom Vorstandsvorsitz, der vor übereilter Festlegung warnte, und unseren Redakteur Kemminger, der auf unsere Grenzbeziehungen mit den Fabrikarbeitern und die begonnene Konzentrierung des Industriekapitals der Fein- und Grobkeramik hinwies, nicht erwähnte, so dürfte es doch nicht ganz unbedeutend sein, anzunehmen, daß deren Hinweise und auch mein Schlusswort nach der Verschmelzungsdebatte immerhin Delegierte mit beeinflusst haben konnten, von einer Festlegung über die Verschmelzungsrichtung abzusehen. Wie groß oder klein die Zahl solcher Delegierten gewesen sein kann, weiß man nicht.

Durch die Annahme des Antrages 73 war zunächst die rein persönliche Auffassung Uhlmann's aufgegeben bzw. abgelehnt, daß der erste Abzug des Antrages betr. den Versuch der Bildung eines selbständigen Keramarbeiterverbandes überholt sei. Durch die Annahme des Antrages war auch ungewiss, festzustellen, daß auf die Zusammenfassung aller Keramarbeiter entweder in einem selbständigen Verband oder als besondere Gruppe in einem größeren Verband der Hauptwert gelegt wurde. Der Beschluß legte dem Vorstand nicht auf eine bestimmte Richtung fest, sondern überließ es durch seinen Abzug 2 dem Vorstand, die zuständige Organisation festzustellen. Wenn man in Dresden im Antrag 73 mit den Worten: „dann ist die Verbindung mit derjenigen großen Industrieorganisation anzustreben, deren zuständige Betriebe mit unserer Hauptproduktion die meisten Berührungspunkte haben“, nicht etwa ein Scherzrätzel aufgeben, nicht mit listigen Augenwinkeln der Generalversammlung (und später dem Vorstand und Beirat) sagen wollte, ratet einmal, welche Organisation wir meinen, hätte man, wenn man damals den Baugewerksbund schon gemeint hätte, bequemer und klarer sagen müssen, „dann ist die Verbindung mit dem Baugewerksbund anzustreben“. Aber ich habe ja schon nachgewiesen, daß man auch in Dresden vor der Generalversammlung noch nicht so weit war, daß man sich über die Richtung den Kopf zerbrochen oder gar schlüssig geworden wäre. Dazu gelangte man in Dresden erst nach der Generalversammlung.

Der Vorstandsvorsitz hatte gemäß Antrag 73, Dresden, die Feststellung zu machen, mit welcher Organisation die meisten Berührungspunkte hat. Das hat er getan, und zwar nicht allein, sondern gemeinsam mit den Hauptvertretern aus dem Lande, dem Verbandsvorstand.

Nach der Generalversammlung setzte in Dresden die Opposition ein. Man hatte plötzlich die „Richtung“ gefunden. Man wußte den Generalversammlungsdelegierten der Zahlstelle den Kopf, daß sie die Generalversammlung nicht verhindert haben, den Antrag 73 der Zahlstelle Dresden anzunehmen. Ein Bericht der Zahlstelle Dresden vom 19. Oktober 1925 über drei Versammlungen des Bezirkes Dresden sagt in seinen letzten beiden Absätzen folgendes:

„In der Verschmelzungsfrage ließen unsere Mitglieder erkennen, daß sie mit dem Verhalten ihrer Delegierten nicht einverstanden sind. Man vertrat allgemein die Auffassung, daß doch der Verlauf der Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt geeignet hätte, daß der erste Abzug unseres Antrages überholt ist. Die Kollegenschaft hätte dem zufolge erwartet, daß von ihren Delegierten positiv im Sinne des 2. Absatzes des Dresdener Antrages gearbeitet worden wäre. Die intensive Aussprache verbieth sich zu folgender, vom Kollegen Lautenbach eingebrachten und einmütig angenommenen Entscheidung: Die Zahlstelle Dresden und Umgebend kann sich nach dem Verlauf der Verschmelzungsdebatte auf dem Verbandstag der Tatsache nicht verschließen, daß der angestrebte Keramarbeiterverband den Wünschen und Hoffnungen unserer Kollegen von einem Zusammenschluß nicht Rechnung tragen kann. Sie ersucht daher den Hauptvorstand, der auf dem Verbandstage geflogenen Aussprache zu folgen und sofort einer Verschmelzung mit dem Baugewerksbund die Wege zu ebnet.“

Das war eine an den Vorstand gerichtete glatte Aufforderung, den Generalversammlungsbeschluß zu mißachten, und zwar ihm sofort zumüberzuhandeln, soweit wenigstens, als es den Dresdenern beliebt.

Nachdem der Versuch der Bildung eines auf sich allein stehenden Keramarbeiterverbandes, wie ihn Abzug 1 des Antrages 73 vorgesehen hatte, gescheitert war, war gemäß Abzug 2 nun zu entscheiden, welche größere Organisation für uns in Frage kam. Wenn man heute in Dresden behauptet, daß im Antrag 73 nur der Baugewerksbund gemeint sein konnte, dann dürfte man fragen, ob denn die Dresdener in ihrem Antrag vor der Generalversammlung mit den Worten: „dann ist die Verbindung mit derjenigen großen Industrieorganisation anzustreben, deren zuständige Betriebe mit unserer Hauptproduktion die meisten Berührungspunkte haben“, dem Vorstand nur ein Scherzrätzel aufgeben, mit listigem Lächeln fragen wollten: „Nat einmal, welche Organisation wir meinen! Wenn man damals schon den Baugewerksbund meinte, hätte man statt der vielen Worte und geschraubten Begriffe kürzer, bequemer und klarer sagen können.“ Dann ist die Verbindung mit dem Baugewerksbund anzustreben.“ Aber ich habe ja bereits nachgewiesen, daß man in Dresden vor der Generalversammlung noch nicht so eindeutig war, daß man sich über die Richtung noch gar nicht den

Kopf zerbrochen, noch nicht schlüssig geworden war. Es blieb also dem Vorstand überlassen, die für die Verschmelzung „richtige“ große Organisation festzustellen, und das hat er nach Beratungen mit dem Verbandsbeirat getan.

Was war für den Vorstand bei seiner Feststellung der Richtung maßgebend und wie kam er zu Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Fabrikarbeitern? Maßgebend für den Vorstand mußten sein der Beschluß der Generalversammlung und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Von letzterem waren folgende als einschlägig zu beachten:

„Aus einer Entschließung zur Organisationsfrage:

„Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands weist erneut auf die Notwendigkeit hin, daß die dem Bund angehörenden verschiedenen Berufsorganisationen zum Zwecke möglichst vollständiger Vertretung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation sich zu Industrieverbänden zusammenschließen.“

Aus den Beschlüssen, betreffend Änderungen der Bundesstatuten:

(Zu § 5.) „In der Regel gilt als Organisationsgebiet eines Verbandes jeweils ein Industriegebiet, z. B.: Baugewerbe, Verban; graphische Gewerbe; Holz- und Schnitzstoffindustrie; Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Weinbau; Lebensmittel- und Genussmittelindustrien; Leder herstellende oder verarbeitende Industrien; Metallindustrie, einschließlich Hüttengewerbe; Textilindustrie; Transport, Verkehr und öffentliche Betriebe und Verwaltungen.“

(Zu § 6.) „Zum Zwecke möglichst vollständiger Vertretung der gewerkschaftlichen Kräfte und zur Vereinheitlichung der gesamten Organisation ist anzustreben, daß die einzelnen Berufe sich zu Industrieverbänden zusammenschließen. Für die Richtung des Zusammenschlusses ist die Zusammengehörigkeit der einzelnen Berufe maßgebend. Im Zweifelsfalle ist die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen.“

Es hätte für uns nahe gelegen, unsere Entscheidung ohne weiteres für den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband zu treffen. Die Keramikindustrie wollten und sollten wir zusammenfassen und sie ist nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses zum Zusammenschluß verpflichtet. Im Baugewerksbund befinden sich 2000 bis 3000 Keramarbeiter als Töpfer und Ofenformer, im Fabrikarbeiterverband zirka 50000 Arbeiter der Grobkeramik und ungefähr ebensoviel Ziegler. Wir liegen diese Zahlen nicht ohne weiteres entziffernd vor, sondern müßten erst die Feststellung abwarten bzw. herbeiführen, in welcher der beiden Organisationen, dem Fabrikarbeiterverband oder dem Baugewerksbund, die Vereinigung aller Keramarbeiter möglich wäre, d. h. ob der erstere dem letzteren die Arbeiter der Grobkeramik oder der letztere dem ersteren die Töpfer und Ofenformer für die keramische Gruppe abgeben würde. Wenn sich nur eine Möglichkeit ergab, war über unseren Weg entschieden: stellen sich beide Möglichkeiten heraus, dann hatten wir die Wahl und wie die dann ausgefallen wäre, läßt sich heute nicht sagen, weil die Meinungen in unserer Verhandlungskommission bzw. im Vorstand vorläufig geteilt waren und wir vor dieser Eventualität nicht gestellt wurden. Klarheit konnte nur auf dem Verhandlungswege geschaffen werden.

Wenn die Entschließung der Dresdener Vertreterkonferenz behauptete, daß wir nur mit dem Fabrikarbeiterverband verhandelt haben, so ist das einfach nicht wahr und die Resolutionsform hätte das schon älteren Berichten über unsere Verschmelzungsverhandlungen entnehmen können. Nur mit einem der beiden Verbände verhandeln zu wollen, wäre zwecklos gewesen. Nach den Bundesbeschlüssen ist im Zweifelsfalle zu einer Verschmelzung die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen. Ein solcher Zweifelsfall lag hier von vornherein vor, wie die Reden der Vertreter der in Frage kommenden Verbände auf unserer Generalversammlung beweisen hatten. Wenn wir nur mit einem derselben verhandeln wollten, konnte der andere Einspruch erheben und Verteilung an den Verhandlungen fordern, weil auch er Keramarbeiter hat, die wir ja auch von ihm anfordern wollten.

Einige Wochen nach unserer Generalversammlung, noch ehe wir dazu gelangten, Verhandlungen herbeizuführen, erhielten wir vom Bundesvorstand eine Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern des Baugewerksbundes, der Fabrikarbeiter und Glasarbeiter. Die Sitzung war beantragt worden vom Baugewerksbund, der eine möglichst schnelle Entscheidung über den auf unserer Generalversammlung beschlossenen Antrag 73, Dresden, wünschte, weil er an der Frage des Zusammenschlusses der Keramarbeiter ein berechtigtes Interesse hatte und mit der Lösung der Frage, ob, wo und wann der Zusammenschluß sich vollziehen würde, für den Baugewerksbund auch die Lösung der Frage mit abhänge, ob und wann der von den Glasarbeitern beschlossene Anschluß an den Baugewerksbund vollzogen werden könne.

In zwei Sitzungen, an denen auch ein Vertreter der Fachgruppe der Töpfer teilnahm, haben wir dann unter Leitung eines Vorsitzenden vom ADB verhandelt, um dann in der zweiten Sitzung für uns folgendes Ergebnis festzustellen: Der allein stehende Keramische Bund war nicht möglich, weil an ihn der Fabrikarbeiterverband nicht alle Keramarbeiter abtreten konnte, ohne sein Ansehen und seine Existenz zu gefährden. Auch der Bundesvorsitzende trat dieser Anschauung bei, wir selbst müßten sie anerkennen und der Vertreter des Baugewerksbundes mußte einsehen, daß auch für ihn keine Möglichkeit bestand, die Keramarbeiter des Fabrikarbeiterverbandes für eine keramische Gruppe im Baugewerksbund zu erlangen. Er erklärte auch, daß sein Vorstand es nicht als eine gegen seinen Verband gerichtete Unfreundlichkeit erachten würde, wenn der Zusammenschluß der Keramarbeiter im Fabrikarbeiterverband vollzogen würde. Der selbständige bzw. auf sich allein stehende Keramische Bund hatte sich als unmöglich erwiesen. Der vom Baugewerksbund angegebene Grund für sein Verlangen nach baldiger Klärung durch die Verhandlungen, die Aussprache, die Situation, insbesondere auch die Interessen der Glasarbeiter, drängten zu einer Richtungsnahme unsererseits, der Bundesvorsitzende drängte zu einer, wenn auch vorläufig unverbindlichen, Erklärung. Unsere Kommission zog sich darauf zurück und gab nach einer Sonderberatung die Erklärung ab, daß wir, nachdem der Keramische Bund als selbständige Organisation sich als unmöglich herausgestellt habe, wir uns für die Zusammenfassung aller Keramarbeiter im Fabrikarbeiterverband entschieden haben. Unser Beschluß wurde aber erst dann verbindlich, wenn Vorstand und Beirat ihre Zustimmung, bzw. Rat und Beirat haben dann nach eingehenden und ersten Beratungen ihre Zustimmung gegeben. Von da ab erst haben wir dann mit dem Fabrikarbeiterverband und Glasarbeiterverband allein verhandelt, wie das ja dann auch anders sein könnte, das heißt, wenn die Oppositionsführer es nicht besser wüßten.

Für heute muß ich meine Arbeit beenden. werde sie aber in nächster Nummer fortsetzen. Ich habe doch noch mancherlei zu sagen.

Der Fabrikarbeiterverband

zur Verschmelzungsfrage.

Vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands ging unserer Verbandsleitung folgender Bericht über die Stellungnahme des Verbandsbeirats zur Verschmelzungsfrage zu:

Nachdem der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands schon vor längerer Zeit der Bildung eines Keramischen Bundes seine Zustimmung gegeben und die Verhandlungen in diesem Sinne geführt hatte, lag die Entscheidung bei dem Beirat, der im Fabrikarbeiterverband die Rechte eines außerordentlichen Verbandsrates hat, wenn seine Beschlüsse gemeinschaftlich mit dem Vorstand und dem Ausschuss vor-

genommen werden. Der Beirat beschäftigte sich infolgedessen in seiner letzten Sitzung am 25. und 26. April mit der geplanten Verschmelzung und der Bildung eines Keramischen Bundes im Fabrikarbeiterverband. Außerdem stand auf der Tagesordnung eine Finanzreform, die auch beschlossen wurde.

Ueber die Errichtung eines Keramischen Bundes im Fabrikarbeiterverband berichtete der Kollege Thiemig. Nach einem geschichtlichen Überblick über die Bestrebungen auf Schaffung von Industrierverbänden gab er das Resultat der mit den Vertretern des Glas- und Porzellanarbeiterverbandes gepflogenen Verhandlungen wieder.

Thiemig empfahl Zustimmung zu den vereinbarten Richtlinien und zu dem Sonderstatut für die Schaffung des Keramischen Bundes im Rahmen unseres Verbandes. In der nun einsetzenden Diskussion wurden an dem Verhandlungsergebnis allerlei Mängel hervorgehoben; aber schließlich war der Wunsch aller Redner der, über Kleinigkeiten hinwegzugehen, und das Große, die Verschmelzungsfrage, dem Industrieverband, im Auge behalten zu wollen. Dementsprechend war auch die Abstimmung. Einstimmig hieß der Verbandsbeirat die Richtlinien und das Sonderstatut durch Annahme einer Resolution gut. Der Vorsitzende Frey bezeichnete den Beschluß als einen beachtenswerten Fortschritt. Er gebe die Möglichkeit besserer Wirksamkeit für die Mitgliedschaft der vereinigten Verbände. Er sprach den Wunsch und die Hoffnung aus, daß die beiden anderen Verbände entsprechend unserem Beschluß handeln möchten. Die angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Entschließung zur Errichtung des „Keramischen Bundes“.

„Der Beirat des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands erkennt die Bestrebungen und Bemühungen des Hauptvorstandes, gemeinsam mit den Vorständen des Porzellan- und des Glasarbeiterverbandes durch einen Anschluß an den Fabrikarbeiterverband zur Schaffung eines „Keramischen Bundes“, als einer starken und leistungsfähigen Gruppe im Fabrikarbeiterverband zu kommen, mit Genugtuung an.“

Die in den eigenartigen Verhältnissen der drei Verbände beruhenden und deshalb erklärlichen Schwierigkeiten sind durch die Verhandlungen soweit überwunden, daß durch die vorgelegten Richtlinien und Sonderstatuten eine anerkanntenswerte und erfolgsversprechende Grundlage geschaffen werden konnte, die die Zustimmung des Beirats erhält.

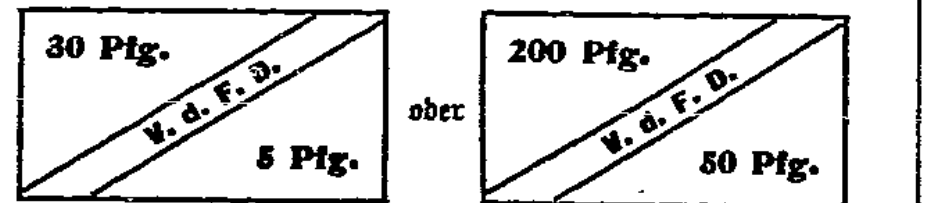
Der Beirat beauftragt und bevollmächtigt deshalb den Hauptvorstand, auf dieser Grundlage den Zusammenschluß zu fördern und sobald wie möglich abzuschließen. Die wenigen bei der Zahlstufeneinteilung noch nicht reiflich erledigten örtlichen Meinungsverschiedenheiten werden sicher — das erwartet der Beirat — auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zu überwinden sein.

Der Beirat erblidt in der Verschmelzung und dem zu bildenden „Keramischen Bund“ die starke leistungsfähige Organisation, die für die in der keramischen Industrie beschäftigten Kollegen Voraussetzung ist, um ihre Kämpfe auf dem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen und des Arbeiterrechtes mit Nachdruck und Erfolg führen zu können.“

Ueber die Finanzlage des Verbandes berichtet der Kollege Köhler. Er weist auf die vorliegende Aufstellung hin, wonach der Verband im Jahre 1925 rund 8 1/2 Mill. M. Einnahmen hatte, denen 8 1/2 Mill. M. Ausgaben gegenüberstehen. Eine Möglichkeit, dem Kampffonds Mittel zuzuführen, bestand nicht. Im Gegenteil mußten erhebliche Beträge aus dem bestehenden Vermögensfonds genommen werden. In manchen Zahlstellen werden immer noch nicht die richtigen Beiträge erhoben. Die Beiträge haben sich im Verhältnis zu den Unterstützungen als zu niedrig erwiesen. Dazu gibt es leider viele Auszahler, die noch über die statutarischen Sätze hinaus Unterstützungen ausbezahlen. Ein Drittel unserer Mitglieder bezahlt heute den 10 Pf.-Beitrag infolge Erwerbslosigkeit. Allerdings gingen diese Mitglieder in früheren Jahren dem Verband ganz verloren. Der Fabrikarbeiterverband mußte einen Kampfsbeitrag erheben, wenn er kampffähig bleiben sollte. Nach der dem Beirat unterbreiteten Vorlage beantragt der Vorstand, ab 1. Juli einen Kampfsbeitrag zu erheben: Bei einem Beitrag von 30 Pf. 5 Pf., bei einem Beitrag von 40 bis 90 Pfennig = 10 Pf., bei einem Beitrag von 1 bis 1,80 M. = 20 Pf. und bei einem Beitrag von 2 M. und darüber = 30 Pfennig. Der Kampfsbeitrag soll ungekürzt der Hauptkasse zufließen und soll bei der Berechnung der Unterstützungen nicht in Ansatz kommen.

Nach einer umfangreichen Diskussion wurde eine Kommission eingeleitet, die folgenden Antrag zur Annahme empfiehlt:

Vom 1. Juli 1926 an wird neben dem Verbandsbeitrag ein laufender Kampfsbeitrag erhoben. Die Quittierung des Kampfsbeitrages erfolgt mit dem Verbandsbeitrag zusammen durch eine Einheitsmarke, die z. B. folgendermaßen aussieht:



Die größere Zahl auf der Beitragsmarke bezeichnet den Verbandsbeitrag, die kleinere Zahl den Kampfsbeitrag. Der Kampfsbeitrag scheidet bei der Berechnung der Unterstützungen aus. Seine Erhebung erfolgt nach folgenden Sätzen:

Verbandsbeitrag	Kampfsbeitrag	Zusammen
30 Pf.	5 Pf.	35 Pf.
40 "	5 "	45 "
50 "	5 "	55 "
60 "	10 "	70 "
70 "	10 "	80 "
80 "	10 "	90 "
90 "	10 "	100 "
100 "	10 "	110 "
120 "	10 "	130 "
140 "	20 "	160 "
160 "	30 "	190 "
180 "	40 "	220 "
200 "	und mehr 50 "	250 " und mehr

Die Zahlstellen erhalten aus dem vollen Beitrag (d. h. vom Betrag der ganzen Beitragsmarke) die Anteile.

Die Kommissionsvorlage wurde einstimmig angenommen.

Es gibt uns der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes auf unseren Wunsch noch folgende Aufklärung mit dem Ersuchen, sie unseren Mitgliedern zu unterbreiten:

Die Einführung des vom Beirat beschlossenen Kampfsbeitrages erstreckt in erster Linie einen Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben, daneben aber auch eine Angleichung zwischen den Beiträgen im Fabrikarbeiterverband und den zurzeit geleisteten Beiträgen im Porzellan- und Glasarbeiterverband. Sie soll sein eine teilweise Erfüllung unserer Zusagen, die Unterstützungen im Fabrikarbeiterverband zu revidieren. Entsprechend dem Beschluß der Weiratsitzung des Glasarbeiterverbandes, der eine Verständigung über die Beiträge und Unterstützungen wünschte, haben die drei Verbandsvorstände über dieses Beitrags- und Unterstützungsweisen gesprochen. Man war darüber einig, daß der Fabrikarbeiterverband nicht nur auf Grund der Wünsche der anderen beiden Verbände, sondern auch auf Grund seiner eigenen Erfahrungen in der Krisenzeit zu der Einsicht und Ueberzeugung gekommen ist, daß seine Unterstützungen in dieser Höhe auf die Dauer nicht tragbar sind. Seine Unterstützungen waren nach dem Aufbau und der Zusammensetzung des Fabrikarbeiterverbandes berechtigt, solange die wirtschaftliche Krise nicht in diesem jede Erwartung übersteigenden

Umfange wüßte. Der Fabrikarbeiterverband hat bis zum Eintritt der Krise sein Unterstützungsweesen bei seinen Beiträgen nicht nur jederzeit finanzieren können, er war auch in der Lage, jederzeit einen nennenswerten seiner Größe entsprechenden Kampffonds zu bilden. Wenn er allein im Jahre 1925 für wirtschaftliche Kämpfe 2.340.000 M. ausgeben konnte, ohne daß seine Mitglieder durch Extrabeiträge zu belasten, so beweist nicht nur seine Leistungsfähigkeit, sondern auch seine Kampfbereitschaft.

Wie alle Verbände, darunter auch die Glas- und Porzellanarbeiter, hat der Fabrikarbeiterverband durch die starke wirtschaftliche Krise gelitten. Seine Einnahmen gingen durch Arbeitslosigkeit erheblich zurück. Ein Drittel aller Mitglieder des FVB ist nur in der Lage, den Arbeitslosenbeitrag von 5 Pf. für Frauen und 10 Pf. für Männer zu entrichten. Auf der anderen Seite hatten wir die große Ausperrung im Bayerischen und Frankfurter Industriebezirk und danach folgend die Arbeitslosigkeit. Weides hat zur Folge eine Verringerung seiner Einnahmen und Verstärkung seiner Ausgaben, so daß auf die Reserve zurückgegriffen werden mußte. Diese sind, wenn auch noch nicht erschöpft, so doch auf einen im Verhältnis zur Größe der Organisation etwas zu schmalen Betrag herabgesunken, bevor allem nicht in allen Fällen flüssig. Der vor einigen Monaten ausgeschriebene Extrabeitrag ist begründet worden durch die Notwendigkeit, den Kampffonds wieder zu stärken und in dem moralischen Zwang, die Unterstützungen des Verbandes aufrechtzuerhalten. Der bisher eingegangene Betrag aus diesen Extrabeiträgen hat diesem Zweck noch nicht voll genügt, aber der Verband doch wertvolle Hilfe gebracht. Es wäre nach Ueberzeugung des Beirats infolgedessen Unrecht an den Mitgliedern, die durch ihre laufenden Beiträge und die zurzeit schon gezahlten Extrabeiträge den Verband aufrechterhalten, jetzt die Unterstützungen auf einmal wesentlich zu beschränken. Der Beirat der weiteren Sanierung und Kräftigung der Verbandskasse wurde infolgedessen in der Gestalt verfaßt, daß die Mitglieder nach Erfüllung und Leistung der Extrabeiträge zu einer dauernden, laufenden Kampfsbeitrag erzogen und verpflichtet werden sollen.

Im Glas- und Porzellanarbeiterverband sind die Beiträge nach den Wochenlöhnen gestaffelt. In ihrer Wirkung ist die Staffelung etwas härter und löst in der Regel einen etwas höheren Beitrag aus, wie die Staffelung nach Stundenlöhnen im Fabrikarbeiterverband. Der nunmehr eingeführte Kampfsbeitrag soll dahin wirken, daß die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes in der Zukunft durch die etwas erhöhten Sätze eine verhältnismäßig geringen Beitrag mehr bezahlen und damit bei gleichem Verdienst auch den gleichen Beitrag entrichten müssen wie ihn die hinzukommenden Mitglieder der anderen beiden Verbände bisher schon zahlen mußten.

Von den Mitgliedern des Glas- und Porzellanarbeiterverbandes erwarten wir durch diese Regelung, daß sie auch bei dem nunmehr in Frage kommenden Zugrundelegung der Stundenlöhne für ihre Beitragsleistung, die nach der Verschmelzung in Frage kommen muß, mindestens den früher geleisteten etwas höheren Beitrag weiter entrichten werden. Für sie ist also eine Beitragsherabsetzung, die automatisch in vielen Fällen eintreten würde, verhindert werden.

Durch die statutarische Bestimmung, nach der die Zahlstellen das Recht haben, ihre Beiträge nach ihren Stundenverdiensten einheitlich festzusetzen und dabei nur eine beschränkte Zahl von Beiträgen in einer Zahlstelle durchzuführen, ist weiter die Möglichkeit gegeben, die berechtigten Interessen aller Mitglieder auch der neu hinzukommenden Glas- und Porzellanarbeiter bei der Beitragsfestlegung zu wahren. Die vom Porzellan- und Glasarbeiterverband kommenden Mitglieder haben bei den Beratungen in den Zahlstellen auch noch jederzeit die Möglichkeit, mit zu entscheiden zwischen einer Beitragsherabsetzung, die bei überaus großer Mehrzahl der Mitglieder nur 5 und 10 Pf. pro Woche beträgt oder festzuhalten an dem bisherigen Beitrag mit einer dadurch entstehenden geringen Herabsetzung der im Fabrikarbeiterverband immer noch sehr reichlich bemessenen Unterstützungen. Der Vorstand und Beirat des Fabrikarbeiterverbandes sind überzeugt, mit diesen Beschlüssen eine Reihe von Wünschen erfüllt zu haben, die von den auf die Kampfkraft bedachten Mitgliedern seiner eignen Organisation wie auch der Glas- und Porzellanarbeiter erhoben worden sind. Der Vorstand und Beirat haben auch diese Wünsche bei ihrer Beschlußfassung nicht nur berücksichtigt, sondern sind diesem berechtigten Verlangen auch soweit als möglich entgegengekommen.

Die Stellungnahme unserer Weiratsitzung

Zu vorstehendem Beschluß des Beirates des Fabrikarbeiterverbandes und den dazu gegebenen Erläuterungen haben unsere Verbandsbeirat, Verbandsvorstand und die Gauleiter in einer am 9. Mai d. J. in unserem Verbandsbüro in Charlottenburg stattgefundenen gemeinsamen Sitzung Stellung genommen und nach eingehender Beratung ihre Auffassung in folgender Entschließung festgelegt:

Die Sitzung des Vorstandes und Beirates des Verbandes der Porzellanarbeiter nimmt von dem Beschluß der Weiratsitzung des Fabrikarbeiterverbandes bezüglich Änderungen der Beiträge und Angleichung der Unterstützungen an die neuen Verbandsbeiträge des Fabrikarbeiterverbandes Kenntnis und erkennt an, daß damit der Fabrikarbeiterverband sich demüßigt hat, den Wünschen entgegenzukommen, die von Weiratsitzung unseres Verbandes und des Glasarbeiterverbandes schon in öffentlichen Berichten aus unseren Mitgliederkreisen zur Kenntnis gebracht wurden. Die Sitzung ist deshalb in der Lage, auch das nunmehr durch diese Beschlüsse abgeänderte Statut des Fabrikarbeiterverbandes nach wie vor als eine geeignete Grundlage zur Verschmelzung zu erklären und empfiehlt auch den Mitgliedern, sich mit diesen Veränderungen durch Bestimmungen zur Verschmelzung einverstanden zu erklären.

Weider entspricht aber der Beschluß des Beirates des Fabrikarbeiterverbandes bezw. seine Auslegung unseren Vorstellungen insofern nicht, als die Verpflichtung der Beitragszahlung nach den tatsächlichen Verdiensten bei der Festlegung der Beiträge bzw. der Auswahl der Beitragsklassen durch die Zahlstelle durchbrochen werden kann, was unserem bisherigen Grundsatze, den Pflichtbeitrag nach der vollen Verdiensthöhe jedes Mitgliedes zu bemessen, zuwiderläuft. Wir wollen und können den beklagten Mangelstand jetzt nicht beheben, weil sich in absehbarer Zeit kein anderes bzw. besseres Entgegenkommen für uns finden lassen wird; wir ersuchen aber unsere Mitglieder, die ihnen bei der Beitragsfestlegung in der zu schaffenden gemeinsamen Organisation zufallenden Möglichkeiten nicht unnützlich auszunutzen, sondern an unserem alten Grundsatze in der Beitragszahlung festzuhalten und erst später, nach der Verschmelzung, mit dafür zu wirken, die Grundsatze auch bei den bisherigen Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes zur Anerkennung zu bringen.

Wer die Organisation kampffähig machen will, muß damit bei sich anfangen durch Entrichtung eines Beitrages, der seine eigene Kampffähigkeit sichert.“

Zur Verschmelzungsfrage.

Die aufrichtigen Verschmelzungsfreunde in unserem Verband sind wegen der Behandlung dieses Problems durch die dazu auftragten in eine recht üble Situation gebracht worden. Lautet die Frage nach Meinung vieler Mitglieder: entweder Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband oder Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes. Weil aber nun große Teile unserer Mitgliedschaft lieber den Spieß in der Hand als im Spruche des Vorstandes und Beirates zu fügen, um zu spät erkennen, daß zwar alle Wege nach Rom führen, der unsere aber nicht der gerade war.

Daß es dahin kommen konnte, daran trägt nicht zum wenigsten der Umstand schuld, daß der Hauptvorstand der Diskussion am dem Verbandstage nicht Rechnung getragen hat. Schreiber dieser Zeilen hat an letzterem nicht teilgenommen, doch aus den protokollierten Ausführungen der meisten Redner ist klar zu erkennen, daß man sich in den meisten Bahnhöfen mit dieser Frage so gut wie nicht beschäftigt hat, aber geneigt war, dem Baugewerksbund vor dem Fabrikarbeiterverband den Vorrang zu geben, auch die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes auf der Generalversammlung haben das Gefühl in ihren Worten nicht unterdrückt, daß der Verlauf der Debatte nicht zum Nutzen des Zusammenschlusses nach ihrer Richtung sprach. Zuletzt noch hat er behauerlicherweise zu spät eingebrachte Antrag den Weg, der gegangen werden sollte, in entscheidender Weise umrissen. Dieses Einverständnis hat sich wohl auch der Kollege Wollmann (siehe seine Worte nach der Abstimmung) nicht entziehen können.

Daß nun der meines Erachtens falsche Weg nach dem FAW eingeschlagen wurde, daran ist das Unterbinden jeglicher Diskussion in unserer Presse nach dem Verbandstag schuld. Der richtige Weg wäre gewesen, der Hauptvorstand hätte zunächst gemeinschaftlich mit dem Beirat in einer Sitzung die Frage in einem Kreis geklärt und die nach seiner Auffassung gegebene Richtung, ehe die Verbindung mit der in Frage kommenden Organisation angenommen wurde, in der „Ameise“ veröffentlicht. Dann wäre rechtzeitige Stellungnahme der Mitgliedschaft möglich gewesen. Nunmehr liegen die Dinge so, daß selbst die Freunde einer Verschmelzung mit dem FAW feststellen müssen, daß ihnen die Zeit, über für unsere Organisation lebenswichtige Dinge sprechen zu können, recht kurz erscheint.

Die von der Verhandlungskommission ausgearbeiteten Grundlagen und Statuten sind ein Schulbeispiel dafür, wie es bei einer Verschmelzung nicht gemacht werden soll. Ein Beispiel dafür, wie es gemacht werden soll, sind die Statuten zur Förderung des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft in der Lebens- und Genusmittelindustrie. Dort hat man nicht beängstigt das Statut eines der zur Vereinigung kommenden Verbände geschickt, sondern alle haben zum Bau des neuen Hauses Steine hinzugebracht. Liegt dies bei uns etwa daran, daß die Glasarbeiter und wir nur Verbändchen darstellen in den Augen des FAW? Und dann, wo bleibt denn das Eigenleben unserer Berufsangehörigen, soweit die Bahnhöfen in Frage kommen? Wohl hat man in der Spitze Wert darauf gelegt, die Mitgliedschaften aber bleiben sich selbst überlassen. Die meisten Bedenken stehen jedoch auf, wenn man neben der ausgezeichneten Regelung der Vertretung auf der höchsten Instanz, dem Verbandstag beim FAW, diese Dinge aus geistigen Augen passieren läßt beim FAW. Bei ersterem von vornherein eine der Mitgliedszahl entsprechende Zahl Delegierte; hier bleibt es dem Fall überlassen, wieviel, oder besser gesagt, wie wenig Delegierte unseres Berufes dahin gewählt werden. Nun wird man sagen, das liegt ja an den Mitgliedern selbst; sie müssen eben aktiv werden, dann werden sie sich die entsprechende Anzahl Vertreter sichern. Diese Bemerkung wäre an sich richtig, wenn wir uns nicht gerade im Begriffe befänden, uns zu verschmelzen und bei dieser Gelegenheit die Wahrung der Interessen unserer Mitglieder in den Vordergrund rücken müßten. Ein weiteres Einsehen auf die Grundlagen will ich mir, obwohl noch viel zu sagen bliebe, ersparen, um mit einigen Worten auf die Triebkräfte zur Verschmelzung zu sprechen zu kommen.

In erster Linie kommt doch die vergrößerte Schlagkraft vernehmlicher Massen in Frage. Laßt uns nun einmal unteruchen, wo diese zu finden ist. Keinem Gewerkschaftler wird es einfallen, zu betreiben, daß Organisationen, deren Mitgliedschaft nur über zum überwiegenden Teil aus Gelehrten besteht, in höherem Maße in der Lage sind, dem Unternehmertum etwas abzutreiben, als andererseits solche, die ihr Rekrutierungsgebiet größtenteils unter Angelegten suchen. Es verbleibt sich von selbst, an die Stelle Beispiele dafür zu fixieren. Das soll aber auch keine Herabsetzung und kein Vorwurf gegen die überlegenen ungelerten Mitglieder der freien Gewerkschaften sein. Auch diese werden, wenn sie unbefangenen urteilen, zugestehen müssen, daß der Prozentfuß der Unorganisierten unter den ungelerten Arbeitern der weitem größer ist, als bei den Gelehrten. Warum das so ist, brauchen wir hier nicht zu untersuchen. Mit dieser Tatsache müssen wir aber rechnen, im besonderen, wenn wir durch eine Verschmelzung Vorteile für unsere Mitglieder suchen. Niemand wird bestreiten wollen, daß die unorganisierte Arbeiterarmee, die hinter dem FAW steht, ungleich größer ist, als die hinter dem BW stehende. Dafür den ersteren verantwortlich zu machen, fällt mir beileibe nicht ein. Im Gegenteil, bei wegen der Schwierigkeiten, dem Organisationsgedanken in den Kreisen der Angelegten Geltung zu verschaffen, sind die Erfolge, die der FAW erzielt hat, nicht hoch genug anzuschlagen. Wenn wir aber willens sind, durch die Verschmelzung die Stoßkraft unserer Berufsangehörigen zu erhöhen, so dürfen wir doch die eben fixierten, ungelungenen Tatsachen nicht aus dem Auge verlieren. (Dabei möchte ich einem der Kritikerschreiber in Nr. 18 der „Ameise“ bemerken, daß wir uns hüten werden, unseren Mitgliedern zu suggerieren, daß sie bei der Verschmelzung mit dem BW die dort üblichen Löhne erhalten werden. Dies festzustellen, war notwendig, denn es ist bekanntlich nichts zu d... findet doch sein Publikum.)

Es bleibt nun noch eins zu sagen: Wenn eingangs davon die Rede war, daß die Situation so verfahren sei, daß ein Votum gegen die Verschmelzung mit dem FAW einer Ablehnung derselben gleichkäme, so kann diese Auffassung nicht unwiderprochen bleiben. Die Frage der Verschmelzung ist ins Rollen gebracht, keiner der Gegner des Zusammenschlusses mit dem FAW ist Gegner jeglicher Verschmelzung. Im Gegenteil, die Notwendigkeit der Zusammenfassung der organisierten Massen wird nachdrücklich, ob einzelne sich dem entgegenstemmen oder nicht. Wird sie in dieser Form abgelehnt, so werden starke Kräfte in der Mitgliedschaft, aber auch der BWB und nicht zuletzt der BWB auf dem Plan erscheinen und Sorge tragen, daß die Forderung nach der Richtung des letzteren sofort aufgenommen wird. Nur der BWB ist in der Lage, der Träger einer Industriearbeiterorganisation der Steine und Erden zu werden. Immer würden im FAW die Voraussetzungen dazu fehlen, weil die gesamten weiterverarbeitenden Berufe im BWB ihre Vertretung suchen und gefunden haben. Darum lasse sich kein Kollege irren lassen von denen, die behaupten, Ablehnung der vorliegenden Grundlagen bedeute Ablehnung der Verschmelzung überhaupt. Wenn die vorhergehend in großen Zügen besprochenen Tatsachen bei der Abstimmung nicht unbeachtet bleiben, werden wir eine Verschmelzung haben, die im Interesse unserer Mitglieder, aber auch der gesamten Gewerkschaftsbewegung liegt.

Paul Mierstschke.

Zur Abwehr.

Endlich erkennen wir durch die Nr. 18 von der „Ameise“, daß unsere Mitgliedschaften im Reiche sich mit der geplanten Verschmelzung beschäftigen. Gätten sie damit schon früher begonnen, dann dürfte mancher Differenzpunkt, der durch das vollständige Verlassen der Tätigkeit unserer Zentrale in dieser Angelegenheit für einen Teil unserer Mitglieder geschaffen wurde, nicht geboren worden sein. Auch der Kollege Wollmann glaubt, daß die heraufbeschworenen Differenzen sich hätten vermeiden lassen, wenn der Vorstand eher aus seiner „unbegreiflichen Passivität“ herausgetreten wäre. Die Fußnote des Genossen Kenninger zu dieser Feststellung dürfte vielleicht nunmehr auch die Bedenken des Kollegen Wollmann erregen. Abgesehen davon, daß sich unsere Redaktion die vorgebrachten Auffassungen Wollmanns zu eigen macht und dies durch die Wahl eines recht geschmackvollen Ausdrucks bei den Mitgliedern erkennen läßt, erhebt man aus dieser Note auch die Dresdener und vielleicht auch andere Mitgliedschaften, daß in der Verschmelzungsfrage unabhängig vom Hauptvorstand eine feste Ansicht gebildet haben, die nicht erschüttern zu können unsere Redaktion wahrscheinlich selbst annimmt.

Der Schreiber dieser Zeilen hat bisher in der Verschmelzungsfrage nur im Auftrag der Dresdener Mitgliedschaft mit unserem Vorstand korrespondiert; auch jetzt hatte er nicht die Absicht, persönlich in die öffentliche Diskussion einzugreifen. Der schon erwähnte Artikel des Kollegen Wollmann beschuldigt aber die Dresdener Bahnhöfenleitung, in der zur Diskussion stehenden Frage eigennützig zu handeln. Dieser Vorwurf ist für mich so schwer, daß ich ihn nicht unüberprüft lassen kann. Uebrigens zeigt mir dieser Vorwurf, daß nicht einmal die Beiratsmitglieder von dem, was sich nach Magdeburg in der Verschmelzungsfrage zwischen der Bahnhöfenleitung Dresden und dem Hauptvorstand abgespielt hat, unterrichtet sind.

Kollege Wollmann macht sich die Begründung seiner Auffassungen in der schwebenden Frage wohl etwas zu leicht. Schon seiner ersten Feststellung, nach der dem angenommenen Antrag 73 seitens des Vorstandes Berechtigung widerfahren sein soll, möchte ich doch widersprechen. Nachdem Wollmann den Antrag 73 in seinem jetzt allein noch gültigen Teil richtig zitiert, kommt er zu der Schlussfolgerung, daß, wenn wir schon Verhandlungspunkte suchen, dann der FAW bestimmt in Frage kommt. Viel einfacher wäre es gewesen, Kollege Wollmann hätte uns die für die Fabrikarbeiter zuständigen Betriebe aufgezählt, die mit unserer Hauptproduktion die meisten Verhandlungspunkte aufwiesen. Kollege Wollmann! Wollen wir zwei uns über die Hauptproduktion in der Feinkeramik unterhalten? Das wäre ein Schauspiel. Nun, genau so liegen die Dinge in der Grobkeramik. Die Produktionsarbeiter, auf die es in Verbindung mit dem Antrag 73 ankommt, befinden sich seit dem 1. Januar 1923 im Baugewerksbund. Dazu kam, daß die Glasarbeiter sich mit großer Mehrheit ebenfalls für denselben erklärt hatten und der Vorstand des Baugewerksbundes in Magdeburg mit erfreulicher Eifrigkeit sein Interesse an uns bekundete. Was aber die Hauptsache ist, wie haben sich unsere Delegierten auf dem Verbandstag zu der Frage eingestellt? Haben sie nicht eindeutig gezeigt, welcher Weg beschritten werden soll, wenn der erste Teil des Antrages 73 nicht verwirklicht werden konnte? Kein Verbandstagsdelegierter dürfte angenommen haben, daß wir jemals den Weg gewählt würden, den unser Vorstand dann doch aus uns noch nicht bekannten Gründen beschritten hat.

Wenn jemand mit dem Verlaß unseres Verbandstages in der Verschmelzungsfrage nicht einverstanden war, dann dürften es die Mitglieder der Bahnhöfen Dresden und Umgebung gewesen sein. Hier bekamen die Delegierten der Bahnhöfen ein direktes Mißtrauensvotum, weil sie auf Grund der sich in Magdeburg entwickelten Situation nicht den ersten Teil des Antrages 73 zurückgezogen und für ein sofortiges Inverbindungtreten mit dem Baugewerksbund gewirkt hatten. Eine entsprechende Entscheidung wurde denn auch damals gefaßt und der Redaktion der „Ameise“ übermittelt. Sie wurde nicht angenommen. Dafür wurde den Bahnhöfen das bekannte Rundschreiben Nr. 3 zugestellt. Gegen dieses Rundschreiben wurde von Dresden aus Stellung genommen. Ein Erfolg wurde uns natürlich nicht. Im Gegenteil, die Korrespondenz wurde vom Vorstand in einer Sprache geführt, als wenn es sich um eine Mitgliedschaft handelte, die samt ihrer Leitung nur aus arbeitslosen Inaktiven bestehe. Unsere Mitglieder forderten dessenungeachtet weiter, daß wir dem Vorstand gegenüber ihre Mitgliederrechte wahren müßten. Anregungen, die Verbindung mit den Mitgliedschaften im Reiche unter Umgehung des Vorstandes zu suchen, wurden von der Leitung der Bahnhöfen abgewehrt.

Endlich konnte den Dezemberversammlungen ein erster Bericht aus den Beiratsitzungen gegeben werden. Die Versammlungen im hiesigen Bezirk konnten die vom Vorstand beschrittenen, vom Beirat gebilligten, aber mit dem Geist von Magdeburg nicht in Einklang zu bringenden Wege nicht mitgehen. Wiederrum wurde der Vorstand vom Verlauf dieser Versammlungen unterrichtet und wieder wurde die Eröffnung der Diskussion beantragt. Schon nach Ablauf von 5 Wochen hatten wir die gewünschte abschneidende Antwort in Händen. Auf diese Weise sind unsere Mitglieder, von denen der Vertreter einer großen Bahnhöfenleitung in Magdeburg noch erklären mußte, daß sie sich bis dato überhaupt noch nicht mit der Materie beschäftigt hätten, derartig gereizt worden, daß die langjährigen Verfechter einer alles umfassenden Keramikarbeiterorganisation des Eigenen geziehen werden dürfen, nur weil sie diese notwendige Zusammenfassung auf einem nach ihrem Erachten fruchtbareren Boden vollziehen wollen.

Also, Freund Wollmann, du wirst hoffentlich erkennen, daß wir hier bei der Behandlung der Verschmelzungsfrage uns wirklich nicht von Eigenmuth, sondern von recht realen organisatorischen Gesichtspunkten haben leiten lassen. Und es wäre nur zu wünschen, daß man in allen Mitgliedschaften ebenso das Für und Wider abwägen würde. Wenn die Abstimmung vorbei ist, ist es zu spät. Dann heißt es für jeden Gewerkschaftler, sich dem Mehrheitswillen unterzuordnen, denn die Einheit in unseren eigenen Reihen muß gewahrt werden. Das Beispiel der Steinleher vom Jahre 1924 möchte sich in der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht wiederholen. Was bei den Steinleher vieleicht noch erträglich war, würde sich bei uns in der unheilvollsten Weise für den ganzen Beruf auswirken. Ein solches Unglück muß verhindert werden. Aber nicht nur wir in den Mitgliedschaften müssen deshalb bei der Austragung der bestehenden gegenseitlichen Auffassungen uns größter Sachlichkeit bedienen; auch unsere Redaktion könnte sich darin etwas befleißigen.

Die reklamehafte Aufmachung der Nr. 18 unserer „Ameise“ entspricht durchaus nicht der Bedeutung der zur Diskussion stehenden Sache. Und wenn unsere Redaktion glaubt, die Verschmelzungsfrage in ihrem Sinne fördern zu können, durch Herabwürdigung der Mitgliedschaften, die in diesem Falle nicht mit ihr konform gehen, dann irrt sie. Max Uhlmann.

Erst prüfen, dann entscheiden.

Spaltenlang gaben in der „Ameise“ Nr. 18 einzelne Kollegen sowie Bahnhöfen und Bezirke ihren Willen zur Verschmelzung kund. Es ist auch eine dringende Notwendigkeit, daß dies geschieht, denn der eine und der andere Kollege kommt dadurch zu einer anderen Auffassung. Voraussetzung ist, daß die Stellungnahme rein sachlich geschieht, sonst schadet es mehr als es nützt. Ich stelle fest, daß sich der überwiegende Teil für die vom Hauptvorstand und Beirat beschlossene Verschmelzung einsetzt. Sachlich und Scharf waren die ersten, die sich gegen den Vorschlag wandten, dafür aber für den Beitritt zum Baugewerksbund eintraten. Die von den bährischen und schlesischen Kollegen angeführten Gründe konnten bisher noch nicht widerlegt werden. Wohl versuchte der Kollege Wollmann, diese Seite der Gegner eines anderen zu belehren. Seine Ausführungen waren jedoch sehr unglücklich aufgefasst.

Ich nehme an, daß der Kollege Wollmann mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln in seinem Bezirk für die Verschmelzung eingetreten ist, und dieses mit Recht. Aber gibt sich der Kollege Wollmann dem Wahn hin, daß die Situation in Hanzen anders ausgefallen wäre, wenn er an Stelle des Kollegen Griesbach dort gewesen wäre? Wir haben noch eine freie Willensaufassung, sind auch keine Müdenkräfte, die sich aufwiegen oder beschwichtigen lassen, wie es Kollege Wollmann ausführte. Wir wollen aber weiter die Ausführungen des Kollegen Wollmann ansehen. Er geht leicht darüber hinweg. Der Anschluß an den Baugewerksbund wäre eine Totgeburt; verwandt wären wir ja nur mit dem Fabrikarbeiterverband und wir müßten letzten Endes bittend an die Tür des Baugewerksbundes anklopfen. Er führt weiter an, es könnte der Antrag zu Fall gebracht werden und der Spruch des Kopfes der „Ameise“: „Immer strebe zum Ganzen usw.“ würde dadurch gar nicht beachtet. Wer beachtet diesen nicht, wer will keinen Zusammenschluß? Der Kollege Wollmann erklärte doch selbst, daß er im Beirat dagegen stimmte, weil er allein bleiben wollte. Wo ist die Begründung für das Wort „Totgeburt“ im Baugewerksbund? Haben wir zu dem Baugewerksbund nicht dieselbe Verwandtschaft wie zu den Fabrikarbeitern? Wollen wir tatsächlich zur Gründung von In-

dustrieverbänden kommen, so müssen wir doch zum Baugewerksbund stoßen. Will der Kollege Wollmann behaupten, daß wir beim Fabrikarbeiterverband dieselbe Kerntruppe finden, wie beim Baugewerksbund, wo doch der größte Teil Fabrikarbeiter ist, dagegen beim Fabrikarbeiterverband meist Nichtfabrikarbeiter vertreten sind?

Warum pocht der Fabrikarbeiterverband auf sein Statut, daß daran nichts geändert wird? Warum diese Unterwerfung? Es hat dieses Statut sehr viel. Mängel zur Erziehung und zum Gedeihen einer Kampforganisation. Ich möchte nur hinweisen auf die Rettung der Beiträge; schon bei uns sind 6 Wochen Ziel, dort gar 13 Wochen. Auch die Unterstützungssätze schaden ohne weiteres der Gewerkschaft, wenn man sie auf ein paar Wochen zusammendrückt und hohe Unterstüngen zahlt. Nein, lieber länger zahlen und nicht so hoch. Der Kollege Wollmann preißt die Erwerbslosenunterstützung. Ich erkläre: Sie werden die Gewerkschaften gesunden, solange die Unterstützung besteht und die Erwerbslosigkeit bleibt. Es ist unsere heilige Pflicht, die Erwerbslosenunterstützung staatlich so zu gestalten, daß der Erwerbslose nicht zum Lohnbruder gezwungen wird; dieses nebenbei.

Darum nochmals Kollegen allerorts, prüft reiflich, gebt eure Erfahrungen und Meinungen kund, dem Vorstand sowie Bahnhöfen mit, daß jeder seine Meinung zum Ausdruck bringt. Wir sind ein enger Zusammenschluß, aber nicht um jeden Preis. Und wir sind stark genug und haben keinen Grund, uns irgendeiner Gewerkschaft, die uns nur zahlenmäßig stärkt, zu unterwerfen. Wesp, Braureuth.

Die Forderungen in der Verschmelzung begrüßt.

Die Bahnhöfen Schmiedeberg im Riesengebirge befahte sich in ihren Verhandlungen am 23. und 29. April in Erdmannsdorf und Schmiedeberg u. a. auch mit der Verschmelzungsfrage. Die Aussprache über diesen Punkt ergab die allgemeine Anschauung, daß die Annahmen von der Notwendigkeit der Verschmelzung überzeugt sind, und daß sie die Bemühungen der drei in Frage kommenden Organisationen, Fabrikarbeiter-, Glasarbeiter- und Porzellanarbeiterverband, sich zu einer großen gemeinsamen Industriearbeiterorganisation zum Wohle der Kollegenchaft zusammenzuschließen, begrüßen. Gewünscht wurde noch, vor der Abstimmung eine Versammlung abzuhalten, in der ein Redner des Fabrikarbeiterverbandes dessen Statut behandeln möchte.

Nur Anschluß an den FAW kommt in Frage.

Die Wittenberger Bahnhöfenversammlung vom 15. April befahte sich eingehend mit der Verschmelzungsfrage. Die Versammlung stand einmütig zur Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband. Die Bahnhöfen Wittenberg kann den Standpunkt der Dresdener und eines Teils der schlesischen Kollegen nicht teilen, weil wir als kleine Organisation machtlos sind und für uns nur ein Anschluß an den Fabrikarbeiterverband in Frage kommen kann.

Für die Grundlagen und die Sonderaktion.

Berlin-Charlottenburg, Schmiedeberg (Wes. Halle), Belten nahmen in Bahnhöfenversammlungen zur Verschmelzungsfrage Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Apel wurde in allen drei Bahnhöfen den Grundlagen zur Verschmelzung zugestimmt. In einer Konferenz des I. Agitationsbezirks, die am 16. Mai in Magdeburg stattfand, wurden Delegierte gewählt, und zwar in Berlin Fritz Storch und Alb. Schulz, in Schmiedeberg Eitrowski, in Belten Max Jukil.

Mehr Sachlichkeit. — Keine Schlagworte.

Nicht nur für die Verbandsleitungen, sondern für alle Mitglieder der in Frage kommenden Organisationen soll und muß die Frage der Verschmelzung, die Schaffung des „Keramischen Bundes“, eine nüchterne Verhandlungsfrage in Wort und Schrift sein. Die Sachlichkeit muß Leitmotiv für alle diejenigen sein, die da glauben, den Mitgliedern in dieser Angelegenheit etwas sagen zu sollen. Niemand sollte die so wichtige Frage durch Unsachlichkeit und noch schlimmere Dinge zur Streitfrage herabgedrückt werden.

In Nr. 18 unseres Fachblattes ist nun ein Artikel des Kollegen H. Wollmann zu lesen, der die Selbstverständlichkeiten der Objektivität und Sachlichkeit bedauerlicherweise sehr vernachlässigt, hingegen durch Kraftworte und Behauptungen glaubt, der Verschmelzungsfrage näher zu kommen.

Dieser Meinung muß im Interesse der Sache entgegengetreten werden, zumal die Schreibweise des Kollegen W. dazu angetan ist, in bewußter Weise nur Verwirrung, aber keine Klärung in die Reihen der Mitgliedschaften hineinzutragen.

Die Verschmelzung ist an und für sich eine Zweckmäßigkeit. Bei der Erörterung dieser Zweckmäßigkeit wird natürlich auch in Mitgliederkreisen das Für und Wider, die erhöhte Kampffähigkeit und die noch größere, wirkungsvollere Interessensvertretung und deren Ausstrahlungen in unmittelbarer und zukünftiger Wirkung mit beachtet und besprochen werden müssen.

Diese Selbstverständlichkeiten werden von allen beachtet werden, die von der Notwendigkeit einer Verschmelzung auf entwicklungs-fähiger und erfolgversprechender Grundlage überzeugt sind. Die dann entsprechend der Notwendigkeit sich für verpflichtet halten, durch Wort und Schrift die Mitglieder bei der Prüfung der nun vorliegenden Grundlagen, Sonder- und Regelstatuten durch Sachlichkeit zu unterstützen, jedoch nicht zu beeinflussen. Von solcher der Verschmelzung nur dienenden Unterstützung ist in dem mit Spitzfeder geschriebenen Artikel des Kollegen W. sehr wenig zu hören. Soweit jedoch Sachlichkeit feststellbar ist, wird diese durch unbedeutende Anwürfe, gebällige Unterstellungen und niedrigstehende Verächtlichmachung gegen Personen, Mitgliedschaften und einer immerhin beachtenswerten freien Organisation, dem Baugewerksbund, vollständig vernichtet.

Wer einigermaßen von den Regeln der Belehrungs-, Erziehungs- wie auch Führerkunst (Wabagoggil) etwas weggeschminkt hat — und ein langjähriger Angestellter einer Bahnhöfen sollte davon auch etwas wissen — sagt sich ohne weiteres, daß auch in dieser Frage nur Durchbildung und gediegenes Wissen für die Sache sprechen können. Feinlichst muß jede prahlerische Ueberhebung, die niemals einer Sache förderlich sein kann und nur den Artikelschreiber im Ansehen schädigen muß, vermieden werden. Ueberhebung hat meistens Unkenntnis der Dinge zur Grundlage, so auch hier.

Nur erschreckende Kurzsichtigkeit und vollständiger Mangel von Menschenkenntnis können annehmen, daß eine Schreibweise wie die, daß der Köpferverband beim Baugewerksbund zuzufucht gesucht und gefunden hätte, der Glasarbeiterverband gedachte dort unterzukriechen, und der Gedanke, den Anschluß an den Baugewerksbund auch unsererseits herbeizuführen, dort die Verschmelzung zu vollziehen, sehr geschmackvoll als Torgeburt bezeichnet wird, geeignet wäre, alte, langjährige, prüfende Mitglieder von der Unrichtigkeit ihrer bisherigen Auffassung zu überzeugen. Glaubt Kollege W. wirklich, daß Gespenstermalerei, Verächtlichungen und die vorstehenden Schlagworte gegen den Baugewerksbund die richtigen Methoden darstellen, die geeignet wären, werbend für seine jetzige Auffassung bei den Ablehnern derselben zu wirken, dieselben von der Unrichtigkeit ihrer bisherigen Meinung zu überzeugen, wenn anstelle sachlicher, durchschlagkräftiger Beweise Mißachtung und Bosheit gegen die andere Meinung zum Ausdruck gebracht wird? Nach meinem Erachten dürfte diese Methode, die abstoßend wirken, nicht geeignet sein, Klarheit in die Mitgliedschaften hineinzutragen, um Einmütigkeit herbeizuführen.

Achtung vor einer abweichenden Meinung innerhalb einer Organisation, die auf Gleichberechtigung aufgebaut ist, ist im Meinungsstreit um das Beste für die künftige Organisation mit einer der ersten Voraussetzungen. Schreiber dieser Zeilen

ist der festen Zuversicht, daß kein kritisch eingestelltes Mitglied sich erlauben würde, dem Verband der Fabrikarbeiter als solchen in solch verletzender Art und Weise bei den Anhängern desselben in Mißkredit zu bringen, wie solches Koll. D. den Anhängern des Gewerkschaftsbundes gegenüber, der doch mindestens als gleichwertige Organisation von allen Verbandsleitungen anerkannt werden muß, es getan hat. Dieses Verschweigen des eigenen Vorfalles steht nun im krassen Widerspruch zu dem herangezogenen Leitmotiv: „Immer strebe zum Ganzen u. s. f.“

Bezüglich der Konferenz in Wauban und der dortselbst vom Gauleiter anscheinend betriebenen Aufwiegelung der Zahlstellenvertreter sei kurz gesagt, daß die Gauleitung bereit ist, das Protokoll der Konferenz zur Verfügung zu stellen, damit der unruhvolle Kombinationsgeist des Koll. B., der ihm schon manchmal einen Streich gespielt hat, aus seinen phantastischen Höhen in die Wirklichkeit wieder zurückgeführt wird.

Die Haltungslosigkeit seiner leichtfertigen Verdächtigung wird er darin feststellen können und als Gewerkschaftler, hoffentlich ohne besondere Aufforderung, mit Bewauern zurücknehmen. Wäher war es in unseren Reihen nicht Sitte, ehrliche Kollegen niedriger Handlungsweisen zu bezichtigen, für die man den Beweis nicht antreten kann. Es war auch nicht Unus, die gewählten Vertreter der Mitgliedschaften als denkunfähige Kollegen hinzustellen. Nur solche können doch nur einer Beeinflussung, einer Aufwiegelung unterliegen, nicht aber den fähigen, bewährten Gewerkschaftler, die das Vertrauen der Mitgliedschaften zum Teil schon mehrere Male zu Generalsammlungen entlaubt hat. Die Konferenzteilnehmer in ihrer Gesamtheit können deshalb die offenbar gewordene Herabsetzung ihrer geistigen Fähigkeiten nicht als brüderliche Liebesgabe, sondern sie müssen sie als rohen Wadentreich empfinden. Eine andere Wirkung kann die gegen den Gauleiter gerichtete hämische Verdächtigung, die hiermit in gebührender Weise niedriger gehalten wird, bei den Vertretern und den Mitgliedschaften in Schlesien und Sachsen nicht haben.

Die Tatsache, daß es außerhalb des Gau'es Schlesien und Sachsen, beispielsweise in Thüringen, Mitteldeutschland und Bayern, und dortselbst schließlich auch in der Zahlstelle Selbst, der Koll. B. doch vorfindet, auch noch Mitglieder gibt, die anderer Meinung sind als der Koll. B., ist der beste Beweis für die Haltungslosigkeit der ausgesprochenen Verdächtigung. Ober, Koll. B., sind auch diese Mitglieder von den Gauleitern aufgewiegelt worden?

Nun noch einige Bemerkungen zu den Schlagworten und Ueberschriften in Nr. 18 der „Ameise“. Wir will es scheinen, daß man auch hier des Guten etwas zuviel getan hat. Eigentlich berührt es, wenn eine gute Sache, die doch durch ihren inneren Wert sich ohne weiteres empfiehlt und dadurch auch durchsetzt, mit reklamehaften Schlagworten in Ueberschriften versehen wird. Es wäre bedauerlich, wenn man der Auffassung

sein sollte, die Frage der Verschmelzung müsse wie ein Handelsprodukt behandelt werden, müsse wie eine Ware angepriesen werden. Eine solche Auffassung würde eine Herabwürdigung der hochwichtigen Zukunftsfrage bedeuten. Es ist zu bedenken, daß im Geschäft- und Handelsleben vielfach das Gegenteil von guten Waren mit Schlagworten und in die Augen springender Reklame angepriesen wird. Würdige Anpreisungen und objektive Ueberschriften, entsprechend dem Charakter der Abhandlung, werden Interesse und Sympathien zu erwecken und auszulösen imstande sein, doch darf ein Ueberschreiten der zu beobachtenden Grenzen nicht eintreten, wenn nicht das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung eintreten soll. Bemerkte Absichten verstimmen, und blinder Eifer schadet nur.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß ich hoffe, in Zukunft auf solch unsachliche Unterstellungen und Anwürfe nicht mehr eingehen zu brauchen. Die vorliegenden Darlegungen waren jedoch zur Wahrung des Ansehens der betroffenen Vertreter und deren auftraggebenden Mitgliedschaften eine Notwendigkeit. C. Griesbach.

Ueberempfindliche Kritiker.

In ihren vorstehenden Artikeln bemängeln die Kollegen Griesbach und Uhlmann die Aufmachung unserer Verschmelzungsfrage in der „Ameise“ Nr. 18. Der Kollege Uhlmann nennt sie reklamehaft. Der Kollege Griesbach schreibt gar von reklamehaften Schlagworten, die dabei verwendet und angewandt worden seien. In seiner Belehrung läßt er sehr deutlich merken, daß er aus den Ueberschriften — sicher mehr noch aus dem Inhalt vor allem der Zahlstellenentziehungen — manches unangenehm empfunden hat. Demgegenüber muß ich schon sagen, daß ich mich für verpflichtet fühle, im Gewerkschaftsleben das Gegenteil von unangebrachten falschen Anschauungen in entsprechender Weise ins rechte Licht zu rücken, würdig zu preisen und mit objektiven Ueberschriften zu versehen, die aus dem wahren Inhalt abgeleitet und ihm fast wörtlich entnommen sind, die aber auch dem Charakter voll und ganz entsprechen und Tatsachen wieder spiegeln.

Mich berührt es ganz eigenartig, daß sich die beiden Kollegen an der Hervorhebung von rein sachlichen kurzen Inhaltsangaben, wie sie meine Ueberschriften in Nr. 18 der „Ameise“ darstellten, stoßen können. Und unverstänlich bleibt mir, wie Kollege Uhlmann das Festhalten und Zum-Ausdruck-Bringen von Tatsachen eine Herabwürdigung von Mitgliedern nennen kann.

Ich bin für jeden Hinweis und für jede Belehrung dankbar, wenn aber Ueberempfindlichkeit der Anlaß zur Kritik ist und Tatsachen im Ueberreifer kritisiert werden, dann halte ich Kritik und belehrende Hinweise für unangebracht.

Edwin Renninger.

gegen, daß ihnen durch die Herabsetzung der Zeichen der publik dieser Erfolg wieder vernichtet werden soll.

Gegenüber diesem Streich der Regierung geloben die Werkstätten aufs neue ihre unumwandelbare Treue zur republikanischen Verfassung des neuen Deutschlands und ihre feste Schlossenheit, allen reaktionären Belüsten die geschlossene Mauer der Arbeiterschaft entgegenzustellen.“

Von der Keramikindustrie.

Beschäftigungslage. In der feinkeramischen Industrie änderte sich im Monat April der Beschäftigungsgrad ungünstig. Nach den eingegangenen Meldungen ergaben sich von der vorhandenen Mitglieberzahl:

Monat	Proz. Erwerbslose	27,90 Proz. Kurzarbeiter
Januar	13,20	76,16
Februar	13,43	29,71
März	13,43	21,41
April	14,23	22,53

Sonach verschlechterte die Arbeitslosigkeit und die Arbeit die Lage der Beschäftigten. Die begebenen Hoffnungen auf Besserwerden haben sich nicht erfüllt.

Arbeitsmarkt und Geschäftslage. Nach den Berichten „Meißenarbeitsblatt“ hat sich nach 60 Meldungen von Zwickau, Steinigt- und Rastbachfabriken die schlechte Beschäftigung im April verringert (von 88 v. H. auf 77 v. H.). Nach den Meldungen von Verbandsseite besserte sich die Geschäftslage der Geschirrfabrik- und Luxusporzellanindustrie fast ausschließlich durch Belebung des Ausfuhrgeschäftes; das Inlandsgeschäft blieb wie vor unzureichend, so daß wohl kein Betrieb in der Porzellanindustrie die Produktionsmittel zeitweilig voll auszunutzen in der Lage war. Aus Oberfranken wird eine kleine Belebung des Inlandsgeschäftes gemeldet. — Von Steingutfabriken wird zum Teil Zunahme des Auftragsbestandes gemeldet. Die Lage ist uneinheitlich. Nach den Feststellungen der Landesarbeitämter sind beispielsweise die Steingutfabriken in Bremen zufriedenstellend beschäftigt, während in Sachsen-Anhalt der Geschäftsgang schlecht war. In Thüringen zeigte sich die Porzellanindustrie stellenweise aufnahmefähig für Arbeitskräfte, im Geraer und Jenaer Bezirk, an anderen Orten nicht.

Steingutfabrik Goldzig. Von der Verwaltung dieses Werkes werden wieder 10 Proz. Dividende beantragt.

Aus unserem Beruf.

Großalmerode. Die Porzellanfabrik Großalmerode, welche sich gerade vier Jahre behaupten konnte, wurde stillgelegt. Reisende Kollegen können sich den Weg ersparen. Die gesamte Belegschaft ist erwerbslos.

Literarisches.

„Kulturwille“. Im Mai kommt eine Sondernummer der „Kulturwille“ über Körperkultur heraus. Aus der Fülle der Artikel seien folgende genannt: Pahl: „Proletarischer“ und „bürgerlicher“ Sport. — Körperkultur und Ernährung. — Adolf Koch: Körperkultur als Mittel zur Persönlichkeitsbildung. — Bildung: Sport ist Kulturwille. — Kraft: Gebanten zur Geschichte des Sports. — Dr. med. Drucker: Alkohol und Körperkultur. Außerdem ist diese Nummer hervorragend illustriert. In der Beilage „Arbeiterbildung“ erscheinen Artikel von Vastin Partig: Vom Bildungs- und Kulturproblem der Arbeiter. — Schaffl endlich die Methodik der Arbeiterbildung. Die Mainnummer des „Kulturwille“ ist auch einzeln erhältlich zum Preise von 0,20 Mk., bei Sammelbestellung mit hoher Rabatt gewährt. Ein Jahresabonnement kostet nur 2,00 Mk. — Die Mainnummer des „Kulturwille“ vom vorigen Jahre über die Mäseierbewegung ist noch zum Preise von 0,20 Mk. zu haben.

Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Branstr. 17.

Adressenänderungen.

Margarethenhütte, Puschstr. 10, nicht mehr an der Kollegen Willy Wicha, Margarethenhütte, sondern an W. W. Scholz, Großdubrau b. Wauban, zu senden.

Aufmerksamkeit!

Unser Kollege Fritz Schauer, Dreher, ist seit langer Zeit erwerbsunfähig und aus allen Kassen ausgesteuert. Die Zahlstelle hat ihr Möglichstes getan. Wir bitten die Kollegen im Reich, ein Scherlein zur Unterstützung des kranken Kollegen beizusteuern zu wollen. Etwaige Gelder sind an den Kassierer Paul Benisch, Driesen, Sinterstr. 29, zu senden. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Unser Mitglied Gerhart Drehschmer ist schon im vorigen Jahr krank und aus allen Kassen ausgesteuert. Er findet sich in großer Not. Wir bitten die Kollegen im Reich ein Scherlein zur Unterstützung des kranken Kollegen beizusteuern zu wollen. Etwaige Gelder sind an den Kassierer Paul Neumann, Goldzig i. Sa., Bauzierstr. 166 B, zu senden. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

† Sterbetafel †

Arzberg, Emma Schwägerl, Wäscherin, geb. 13. 1908, gestorben an Lungenleiden. Organisiert seit 1925. Johann Männel, Brenner, geb. 6. 8. 1873, gestorben an Magenleiden. Organisiert seit 1919.

Marktredwitz, Heinrich Hempfling, Maler, geb. 23. 11. 1885, gestorben an Nierenleiden und Wasserjucht. Organisiert seit 1908. — Er war einer unserer Besten.

Hobach, Hedwig Heim, Wappsteinerin, geb. 15. 6. 1886, gestorben infolge Freitob. Organisiert seit 1919.

Waldenburg und Umgegend, Paul Herzog, Dreher, geb. 19. 9. 1886, gestorben an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Gewerkschaftlicher Großkampf in England.

In England tobt ein gewerkschaftlicher Kampf, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Seit Dienstag, den 4. Mai, haben die Arbeiter der Verleihsbetriebe ihre Tätigkeit eingestellt und den ganzen Verkehr lahmgelegt. Zeitungen erscheinen nicht mehr. Die Metall- und die chemische Industrie mußte die Tore schließen. Alle Bauten sind eingestellt. Der gesamte Bergbau liegt still. Die englische Wirtschaft stockt. Und das alles, weil die englischen Verleger nach mehrmonatlichen Zuschüssen aus allgemeinen Steuermitteln nicht dazu übergehen wollen, ihre Betriebe zu modernisieren und lebensnotwendige Löhne zu zahlen. Die englische Rechtsregierung unterstützt die Kohlengehaltigen. Sie hat sich nicht erheben bemüht, die Einigung des Konfliktes herbeizuführen und ließ es zur Gewaltprobe kommen, deren Auswirkungen sie durch Polizei und Militär sowie durch den Ausnahmezustand vermeiden will. Die englische Regierung scheint auch noch nicht gelernt zu haben, daß soziale Kämpfe nicht mit Säbeln und Kanonen zu einem günstigen Ausgang gebracht werden.

Die englische Arbeiterschaft läßt sich jedoch nicht durch die Regierungsmassnahmen heitern und wird ihren Kampf durchführen, der aber auch von der organisierten Arbeiterschaft der Welt unterstützt werden muß.

Ueber die Ursachen des großen Gewerkschaftskampfes in England gab der Präsident des Britischen Gewerkschaftsbundes einen Bericht, dem wir folgende Angaben entnehmen:

„Im vergangenen Jahre waren die Bergarbeiter unmittelbar von Lohnherabsetzungen, der Verlängerung der Arbeitszeit und der Abschaffung des Minimallohnes bedroht. Auch in diesem Jahre drohten diese Gefahren, es lag jedoch — und dies ist der wesentliche Unterschied — der Bericht der königlichen Kohlenkommission vor. Diese Kommission kam zum Schluß, daß die Industrie besser organisiert werden muß und kann. Es sind demnach nicht die Arbeiter, die für die schlechte Lage der Industrie verantwortlich sind. An die Arbeiter gerichtete Vorwürfe, betr. die politische Agitation und die Einschränkung der Produktion wies die Kommission zurück. Desgleichen lehnte sie die Vorschläge der Unternehmer ab. In dem Bericht wird unabweisend gesagt, daß die Kommission die Ansichten der Unternehmer nicht gutheißen konnte, wonach wenig oder nichts zur besseren Organisation der Industrie getan werden könne und die einzig praktische Lösung die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne sei.“

Als die königliche Kommission im Mai ihre Vorschläge unterbreitete, stellte sie nachstehende klare Bedingung auf:

„Bevor von den in der Industrie Beschäftigten irgendwelche Opfer verlangt werden, muß definitiv festgelegt werden, daß alle praktischen Mittel zur besseren Organisation so schnell als möglich angewandt werden.“

Die Arbeiter hofften, daß die nachfolgenden Verhandlungen im Hinblick auf diese Feststellung geführt würden. Dies war aber keineswegs der Fall. In den Diskussionen über den Bericht der Kohlenkommission wurde die Frage der Lohnherabsetzungen in den Vordergrund geschoben und die Besprechung der grundlegenden Fragen vernachlässigt. Auf alle Fälle taten die Arbeiter alles, um die Dinge in dieser Richtung zu ordnen. Man verlangte bezugnehmend auf den Vergleich mit anderen Betrieben, ohne daß Sicherheit darüber bestand, daß die Forderungen auch tatsächlich den Empfehlungen der Kommission zufolge umgesetzt und so in die Lage versetzt werde, anständige Löhne zu bezahlen.

Dies ist der eigentliche Grund, weshalb die Verhandlungen schon vor einer Woche auf dem toten Punkte anlangten und seither keine wesentlichen Veränderungen mehr eintreten. Die Unternehmer kündigten unterdessen an den Gewerkschaften die neuen, herabgesetzten Löhne an und sperren damit die Arbeiter aus. Sie unterbreiteten wohl einen Entwurf, betr. ein nationales Uebereinkommen, wogegen sich jedoch entschieden, über die Einführung irgendwelcher nationaler Minimallöhne zu reden. Desgleichen wollten sie auch von einer nationalen Besprechung von Diktatorien nichts wissen. Da es die Regierung ebenfalls unterließ, auf die Unternehmer einen Druck auszuüben und auf die wesentlichen Punkte des Kohlenberichts hinzuweisen, mußte es schließlich zum offenen Konflikt kommen. Die englischen Arbeiter stehen mit sauberen Händen da.“

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die freiorganisierten und ihm angeschlossenen Arbeiter der Welt aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen zur moralischen und finanziellen Hilfeleistung der englischen Gewerkschaften, da der Kampf der englischen Arbeiter eine Angelegenheit aller Arbeiter ist.

Auch die deutsche Arbeiterschaft kann deshalb nicht umhin, die englischen Kämpfer moralisch und finanziell zu unterstützen. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat bereits am 7. Mai zusammen, um dem Wunsch und den

Anregungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes nachzukommen. Er beschloß in seiner Sitzung:

„Der Bundesausschuss erklärt einmütig seine volle Bereitwilligkeit, die englischen Gewerkschaften in der erfolgreichen Durchführung ihres großen Kampfes nach Möglichkeit zu unterstützen. In der Erkenntnis, daß der Ausgang des Kampfes auch auf die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse entscheidenden Einfluß haben kann, ruft der Bundesausschuss die Arbeiter Deutschlands auf, trotz der eigenen schwierigen Lage ihr Bestes zu tun, um den englischen Arbeitbrüdern Hilfe zu leisten und so auch in diesem Falle die altbewährte internationale Solidarität durch die Tat zu beweisen.“

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die von ihm vorbereitete allgemeine Sammlung schnellstens zur Durchführung zu bringen. Die Ortsausschüsse des ADGB im ganzen Reich werden verpflichtet, die für diesen Zweck bestimmten Sammellisten des Bundes sofort in Umlauf zu setzen. Andere Sammellisten als diejenigen des ADGB sind in jedem Falle zurückzuweisen.

Alle Gelder sind zwecks Uebermittlung an den IOB an die Bundeskasse des ADGB in Berlin abzuliefern.“

Der anwesende Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklärte im Namen seines Vorstandes, daß seine Organisation diesem Beschluß beitrete und ihre Mitglieder aufserdem werde, auf die vom Bundesvorstand herausgegebenen Sammellisten zu zeichnen.

Die Vermittlungsversuche englischer Arbeiterführer hatten beim Schreiben dieser Zeilen noch keinen Erfolg, weil die Regierung in keiner Weise gewillt war, den Wünschen der Regierungskommission nachzugeben und die Bergherren auf ihre Forderungen zu verweisen. Die Kämpfenden haben die Hoffnung, daß sie einen Sieg erringen werden.

Gewerkschaften und Republik.

In der Bundesausschussitzung vom 7. Mai wies vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende des ADGB, Gen. Leipart, auf die Ungeheuerheiten hin, die in der letzten Zeit die Gefahr erneuter Vorstöße der rechtsgerichteten Organisationen gegen die Reichsverfassung und gegen den Bestand der deutschen Republik wahrscheinlich erscheinen lassen. Leipart legte dazu dem Bundesausschuss folgende Protestentscheidung vor, die der Bundesausschuss einstimmig annahm:

„Der Bundesausschuss erhebt namens der Millionen organisierten Arbeiter einmütig den entschiedensten Protest gegen die neue Schlagenerordnung, die gegen den Sinn und Wortlaut der Verfassung die Monarchistenjahre wieder aufleben lassen und die Fahne der Republik herabziehen soll.“

Daß mit der Verwirklichung dieses monarchistischen Strebens gerade im Ausland begonnen wird, zeigt deutlich die Absicht, der deutschen Republik einen Schlag zu versetzen und muß zur Folge haben, daß das mühsam wiedererlangte Vertrauen des Auslandes an der Aufrichtigkeit der Friedenspolitik Deutschlands wieder zerbricht wird.“

Die Gewerkschaften haben durch ihre internationalen Verbindungen in den letzten Jahren in hohem Maße dazu beigetragen, ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen dem ehemals feindlichen Ausland und dem deutschen Volke wieder herbeizuführen. Sie protestieren deswegen laut und entschieden da-

Gold-Scheideanstalt Willy Dittler

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Pfändungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldasche, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/20)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldscheideanstalt / Gegründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art (7/20)

Um Zeit, Mühe und Geld zu sparen

werden Inserate nur angenommen, wenn bei Abgabe des Textes und der Größe der entsprechende Betrag mit eingekandt wird. Alle Angaben können auf dem Abschnitt der Zahlkarte oder der Postanweisung gemacht werden. Preisberechnung siehe am Kopf der „Ameise“.

Perfekte Stahlbruderin, fähig in allen vorkommenden Arbeiten, schon als Oberbruderin tätig gewesen, sucht zu verändern. Bevorzugt wird Berlin oder Umgegend. Gebote unter „F. 68“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Edwin Renninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlags-Bibl. Herden, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Druck: C. Danjuszki, Berlin S.O., Elisabethufer 20.